

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Der Europäische Währungs- verbund bleibt erhalten

Bundesfinanzminister Hans
Apel zur Abwertung in
Skandinavien

Seite 1/2

Bürgerinitiativen an Scheideweg

Städtebundspräsident
Schmitt-Vockenhausen
warnt vor der Entwicklung
zu Ersatzparteien

Seite 3/4

Hilfe statt Polemik

Elfriede Eilers MdB,
weist baden-württembergi-
schen Ärztekammerpräsi-
denten zurück

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 165

30. August 1977

Der Europäische Währungsverbund bleibt erhalten

Die D-Mark hat sich erneut als starke Währung erwiesen

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Finanzen

Mit Wirkung vom 29. August 1977 hat Schweden seine Asso-
ziation an den Europäischen Währungsverbund ("Schlange")
vorerst beendet. Die Devisenmärkte bestimmen nun den neuen
Kurs der Schwedenkrone; die schwedische Regierung beabsich-
tigt, bei einem Abwertungssatz von zehn vH durch Inter-
ventionen einzugreifen und den Kurs zu stabilisieren.

Nach der Erfahrung vom April dieses Jahres, als eine sechs-
prozentige Abwertung im Europäischen Währungsverbund nur für
kurze Zeit den Druck von der Schwedenkrone nahm, erschien
es der schwedischen Regierung jetzt angebracht, die Krone
für eine gewisse Zeit von den strengen Regeln des Euro-
päischen Währungsverbundes zu lösen, bis sich ein besseres
außenwirtschaftliches Gleichgewicht eingestellt hat.

Norwegen und Dänemark sahen sich wegen ihrer engen Bindung
an Schweden gezwungen, den Kurs ihrer Währungen um jeweils
fünf Prozent abzuwerten. Sie werden aber in der Schlange
bleiben. Die Schlange ist durch den Austritt Schwedens nur
wenig tangiert worden. Mit ihren strengen Regeln wird sie
auch weiterhin dazu beitragen, daß ihre Mitglieder eine

Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben, die auf die Sicherung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgerichtet ist.

Eine sorgfältige Prüfung aller Wirtschaftsdaten hat ergeben, daß Schweden den Außenwert seiner Währung korrigieren mußte. Es hat damit auch seine skandinavischen Partner einem gewissen Handlungszwang ausgesetzt. Zu wünschen ist nun, daß die in den skandinavischen Ländern vorgesehenen Stabilisierungsmaßnahmen voll greifen. Denn die Abwertung allein kann das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht sichern. Vielmehr haben Abwertungs-länder in den vergangenen Jahren immer wieder erfahren müssen, daß ohne ein gleichzeitiges binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm die Inflation über steigende Importpreise eher angeheizt wird und sich die erhoffte Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten nicht einstellt.

Die D-Mark hat sich erneut als starke Währung erwiesen. Unsere Importe aus Skandinavien können billiger werden. Dies fördert die Preisstabilität bei uns. Auf der anderen Seite verteuern sich zwar tendenziell unsere Exporte in die skandinavischen Länder. Doch dürfte diese Verteuerung unsere Ausfuhr nicht sonderlich beeinträchtigen, da sich der Aufwertungseffekt für die DM auf lediglich etwa 0,5 vH beläuft. Diese Aufwertung gleicht im wesentlichen nur den relativen Preisvorteil aus, den die Bundesrepublik durch höhere Preisstabilität errungen hat. Außerdem ist daran zu erinnern, daß Kaufentscheidungen unserer Auslandskunden nicht allein vom Preis, sondern häufig noch stärker von der Qualität des Produkts, der Lieferfähigkeit, Pünktlichkeit und den Serviceleistungen bestimmt werden. Arbeitsplätze bei uns sind deshalb durch die schwedische Maßnahme nicht gefährdet.

Zu begrüßen ist, daß Dänemark und Norwegen im Europäischen Währungsverbund verblieben sind. Die raschen Kursanpassungen ihrer Währungen haben den Zusammenhalt der verbliebenen Schlangenglieder gefestigt. Damit wird der Europäische Währungsverbund auch weiterhin seine wichtige Rolle als Hort der Stabilität im internationalen Währungssystem spielen. Wir werden an diesem Währungsverbund festhalten, weil auch nach dem Ausscheiden Schwedens noch knapp 22 Prozent unserer Ausfuhren in die Beneluxländer, Dänemark und Norwegen geht und somit zu stabilen Kursen abgewickelt werden kann. Dies ist ein wichtiges Element der Sicherheit für die deutsche Exportwirtschaft.

(-/30.8.1977/ks/ben)

+ + +

Bürgerinitiativen am Scheideweg

Vor der Entwicklung zu Ersatzparteien wird gewarnt

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

"Bürgerinitiativen - Wege oder Irrwege der parlamentarischen Demokratie" war das Thema einer Podiumsdiskussion, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund mit guter Besetzung zum Wochenanfang in Bad Honnef durchführte. Teilnehmer der Runde waren Staatssekretär Dr. Hartkopf vom Bundesministerium des Innern, Professor von Mutius (Mainz), Professor Sontheimer (München), Hans Günter Schumacher (Stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz) sowie Städtebundspräsident Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, I. Vizepräsident Dr. Horst Waffenschmidt und Beigeordneter Dr. Erich Rehn.

Als Ergebnis der Diskussion und nicht zuletzt aus einer am gleichen Tage veröffentlichten Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen, Hans Günter Schumacher, wonach sich 38 Umweltschutzvereinigungen aus zehn Ländern an den Europawahlen beteiligen wollen, wird deutlich, daß die Umweltschützer am Scheideweg stehen. Wenn diejenigen den Ton bestimmen, die im Grunde die Verbände zur Gründung einer neuen Partei führen wollen, bedeutet das das Ende der echten Bürgerinitiativen. Es wäre aber im Interesse der Bürgerinitiativen und ihrer Arbeit zu wünschen, daß sie wieder - ohne sich als Partei zu institutionalisieren - zu der Aufgabe finden, in der sie groß geworden sind und Ansehen gefunden haben.

Hier kann und muß der engagierte Staatsbürger dazu beitragen, daß in den Parteien das wieder zur Selbstverständlichkeit wird, was sie in den letzten 30 Jahren zur Volkspartei gemacht hat, nämlich die ständige unmittelbare Verbindung zwischen Wählern und Gewählten.

Denn in unserer repräsentativen Demokratie, zu der sich die Bundesrepublik aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik entschlossen hat, besteht heute die Gefahr, daß der Bürger allzu sehr dem politischen Willensbildungsprozeß fern bleibt, da er das Gefühl erhält, daß

- a/ sich der politische Meinungs- und Willensbildungsprozeß vornehmlich im aktiven Teil der Mitgliedschaft der Parteien abspielt,
- b/ er auf diesen politischen Entscheidungsprozeß zu wenig Einfluß hat und daher entweder resigniert oder protestiert.

Seit den Auseinandersetzungen Ende der 60er Jahre und mit dem Entstehen der APO hat unser politisches Leben in der Bundesrepublik eine neue Dimension erhalten. Damit verbunden war auch ein Einfluß auf die Entwicklung der Bürgerinitiativen. Wer sieht, daß derjenige, der Gewalt anwendet, dadurch besser durchkommt, und daß der, der am lautesten

schreit, auch am ehesten gehört und beachtet wird, muß sich ja schließlich radikalisieren.

Diese Entwicklung hat mit dazu geführt, daß auch die Bürgerinitiativen in Form und Auftreten immer massiver wurden und ihre Notwendigkeit umso mehr empfunden wurde, als der Abstand der politischen Parteien von der Auffassung der Wähler immer größer wurde. Was die Umfrage von Capital, die in Bonn teilweise als Sensation empfunden wurde, festgestellt hat, war doch für alle diejenigen, die die Hand am Puls des Volkes haben, keine Überraschung mehr. Manchmal habe ich das Gefühl, daß manche Politiker hoffen, daß die von uns gewählte Form der Parteienfinanzierung die Konkurrenten vom Leibe hält. Die Art und die Form, in der sich die politischen Parteien zur Zeit entwickeln - bis hin zu den ideologischen Auseinandersetzungen -, treibt viele Bürger in eine Protesthaltung, weil sie sich dadurch noch unverständener fühlen. Als Ergebnis werden die Bürgerinitiativen, die - besonders im kommunalen Bereich - als Initiativen durchaus richtig und notwendig sind, immer lauter und aggressiver, zumal durch die Verwaltungs- und Gebietsreform der Abstand zu den gewählten Mandatsträgern vielfach zu groß geworden ist.

Die mitunter globale Glorifizierung von Bürgerinitiativen hat mit dazu geführt, daß radikale Gruppen erkannt haben, daß es für sie leichter ist, im Gewande von Bürgerinitiativen und im Schein des Rechtes auch gesetz- und rechtswidrige Handlungen auszuführen. Dadurch wird der Begriff der Bürgerinitiative für falsche Zwecke in Anspruch genommen und mißbraucht.

Schließlich widmen die öffentlichen Medien gewalttätigen Gruppen, die zur Besetzung von Ämtern, Fabriken oder Bauplätzen aufrufen, weit mehr Aufmerksamkeit als jenen positiven Bürgerinitiativen, die ein demokratisches Korrektiv und eine wirksame Herausforderung an die Funktionsfähigkeit der Institutionen und der Parteien darstellen.

Nach Schätzungen sind zur Zeit etwa zwei Millionen Bundesbürger in Bürgerinitiativen organisiert. Nach der immer noch hilfreichen Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik kümmern sich ca. 16,9 Prozent um Umweltschutz, 15,8 Prozent um Kindergärten und Spielplätze 11,8 Prozent um Verkehrsfragen, 8,1 Prozent um schulische Probleme, acht Prozent um die Stadtentwicklung und 7,1 Prozent um Randgruppen in der Gesellschaft.

Ich glaube, daß die Frage nach Wert oder Unwert von Bürgerinitiativen nicht in einem einheitlichen Sinne beantwortet werden kann. Dazu sind Bürgerinitiativen von ihrer Motivation, ihrem äußeren Erscheinungsbild und nicht zuletzt von den Methoden, die sie zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden, viel zu unterschiedlich. Will man diesem Phänomen unserer Zeit gerecht werden, wird man zu einer differenzierten Betrachtung übergehen und dementsprechend auch zu differenzierten Antworten gelangen müssen.

Hierzu bedarf es einer gründlichen Erörterung zwischen Politikern, Verfassungsjuristen und nicht zuletzt den Bürgern selbst, die als Sprecher von Bürgerinitiativen auftreten.
(-/30.8.1977/ks/ben)

+ + +

Hilfe statt Polemik

Die Reform des § 218 eignet sich nicht zu Attacken und Beleidigungen

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der familienpolitischen Kommission beim SPD-Vorstand

Die deutsche Ärzteschaft sollte es sich nicht bieten lassen, daß der Präsident der Ärztekammer Baden-Württembergs, Dr. Werner Maiwald, durch eine entsprechende Attacke auf den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Antje Huber, den Eindruck erweckt, als seien die Ärzte nur an spektakulären Auftritten und nicht an sachlichen Diskussionen über die Erfahrungen mit der Reform des § 218 StGB interessiert.

Aus der pflichtgemäßen Vorlage statistischer Daten über Erfahrungen mit der Reform des § 218 wurde der Schluß gezogen - und bei der 29. Therapiewoche in Karlsruhe durch Maiwald lauthals verkündet - die Ministerin messe den Erfolg der 218-Reform an der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche.

Abgesehen davon, daß dies für die Person Antje Huber eine Beleidigung darstellt - man erinnere sich an die von ihr abgegebene persönliche Erklärung vor dem Deutschen Bundestag zur Fristenregelung - hätten die statistischen Daten eine intensivere Behandlung mit weniger oberflächlicher Ausdeutung verdient.

Zu begrüßen ist, daß - nach den Daten des BMJFC - die Bettenkapazität in der Bundesrepublik für alle legalen Schwangerschaftsunterbrechungen (1.850 Betten) - auch unter Einbezug der zur Zeit noch im Ausland durchgeführten - ausreichend wäre.

Bedenklich ist aber, daß von den neben den Krankenhäusern zugelassenen Einrichtungen für ambulante Abbrüche bis zur zehnten Woche 37 in Nordrhein-Westfalen und drei in Hamburg liegen. Die regionale Streuung dieser Einrichtungen liegt damit sehr im argen. Dies ist mit ein Grund dafür, daß immer noch etwa 50.000 bis 60.000 Frauen jährlich ins Ausland - vorwiegend nach Holland - fahren müssen, um einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. In Baden-Württemberg und Bayern gibt es bisher keine Vorschriften, die die Zulassung von Einrichtungen (meistens entsprechend ausgestattete Arztpraxen) zur Durchführung ambulanter Abbrüche regeln.

In dieser Frage müßte sich die Ärzteschaft engagieren, um betroffenen Frauen mit Rat und Hilfe zur Seite stehen zu können. Besonders aber dem Präsidenten der baden-württembergischen Landesärztekammer bietet sich hier ein weites Feld für Attacken zum Schutze des werdenden Lebens. Sein Angriff auf die Ministerin kann nur als eine Flucht nach vorne gedeutet werden, mit der vertuscht werden soll, daß die Hilfsangebote für ratsuchende Frauen in Baden-Württemberg nicht in gleichem Umfang vorhanden sind wie in anderen Bundesländern.

Ausgehend von den statistischen Daten, die in 50,5 Prozent aller Abbrüche eine Notlagenindikation darstellen, wären auch bei den Ärzten Überlegungen zur Behebung dieser Notlagen angebracht gewesen.

Ein Appell an die Ministerin während der Therapiewoche, sich für den in Gruppierungen aller Parteien diskutierten Elternurlaub (Erziehungsgeld) einzusetzen, wäre ein aktiver Beitrag zum Schutze des werdenden Lebens gewesen. (-/30.8.1977/ks/hgs)

+ + +